

Der Rat der Götter

In der ökonomischen Politikberatung hat sich in den letzten Monaten mehr verändert als in Jahrzehnten vorher: In den Wirtschaftsforschungsinstituten, beim Sachverständigenrat und auch in den wissenschaftlichen Beiräten von Finanz- und Wirtschaftsministerium bleibt derzeit kaum ein Stein auf dem anderen.

Von Dorit Heß

(...)

Nach und nach zeigen die verkrusteten Strukturen der ökonomischen Politikberatung in Deutschland zunehmend Risse. Im vergangenen halben Jahr hat sich dabei so viel verändert wie vorher in Jahrzehnten nicht.

So sind im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem Olymp der Ökonomen, einst heilige Traditionen ins Wanken geraten. Die Wirtschaftsweisen, längst nicht mehr wie in den Anfangsjahren Agendasetter, erkannten Handlungsbedarf und machten der Bundeskanzlerin bei einem Mittagessen im März einen Vorschlag: Sie wollen künftig nicht nur ein Jahresgutachten vorlegen, sondern jedes Frühjahr eine zusätzliche Expertise. Die Sache ist beschlossen: Die Wirtschaftsweisen begutachten nicht länger nur, sie beraten nun auch. (...)

Und die Wirtschaftsforschungsinstitute, die seit 1950 jedes Jahr gemeinsam Frühjahrs- und Herbstgutachten aufschrieben, mussten in diesem Jahr erstmals in einer offenen Ausschreibung um die Teilnahme an dem Gutachten kämpfen. Dabei bildeten sich ganz neue Allianzen: Mehrere deutsche Institute taten sich bei der Ausschreibung mit ausländischen Denkfabriken zusammen.

In der vergangenen Woche hat das Wirtschaftsministerium entschieden, dass in den nächsten drei Jahren auch Konjunkturexperten der ETH Zürich, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Wiener Instituts für Höhere Studien bei der so genannten Gemeinschaftsdiagnose mit am Tisch sitzen. Das Berliner DIW, immerhin größtes deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut, dagegen ist nicht mehr dabei.

Neben Sachverständigenrat und Forschungsinstituten kommt auch frischer Wind in die dritte wichtige Politikberatungsinstanz der Republik – die wissenschaftlichen Beiräte von Finanz- und Wirtschaftsministerium.

Die Gremien, die ihre Mitglieder selbst und auf Lebenszeit berufen, gelten als überaltert, fern der Forschungsfront und neigen dazu, sich in stundenlangen Diskussionen zu verzetteln – während die eigentliche Arbeit wie das Schreiben von Gutachten an wenigen Leuten hängen bleibt.

Die Folge: Vereinzelt lehnten forschungsstarke, junge Ökonomen eine Berufung in die Beiräte in jüngster Zeit ab – ein Warnsignal. „Das war früher undenkbar, da war es für Forscher eine echte Ehre, in einen Beirat aufgenommen zu werden“, berichtet ein Insider. „Heute sind die Beiräte für forschungsorientierte Wissenschaftler nicht mehr sonderlich attraktiv.“

In beiden Beratergremien der Ministerien haben nun empirisch ausgerichtete Wissenschaftler, die selbst auf internationalem Niveau forschen, die Führung übernommen – der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan im Wirtschafts- und sein Kölner Kollege Clemens Fuest im Finanzministerium. Behutsam, aber beharrlich arbeiten sie an der Modernisierung ihrer Institutionen – um sie näher an die Politik zu bringen und für forschungsstarke, junge Kollegen wieder attraktiver zu machen.

Doch die Beharrungskräfte in den Gremien sind nicht zu unterschätzen. So war im Beirat des Wirtschaftsministeriums selbst die Entscheidung, künftig drei Mal jährlich im Ministerium in Berlin zu tagen, „alles andere als unumstritten“, sagt Börsch-Supan. Bislang können die Reformer zwar keine großen Sprünge vorweisen – dafür einige kleine. Die Zahl der jährlichen Treffen von acht auf sechs zu reduzieren ist so einer, sagt Fuest. „Das Zeitargument ist ein überaus wichtiges, wenn man junge Top-Leute gewinnen will“, sagt Fuest, der mit 38 Jahren einem durchschnittlich fast 20 Jahre älteren Gremium vorsitzt.

Auch auf der anderen Seite des Schreibtisches, in den Ministerien und Fraktionen, beginnt sich der Wind zu drehen. „Politiker kommen heute viel eher als früher auf uns zu und stellen konkrete Fragen“, sagt Börsch-Supan. So ließ die Politik die Wirksamkeit der Hartz-Reformen mit modernen ökonometrischen Methoden untersuchen – für Deutschland ein Novum. (...)

Um noch mehr Fragen stellen zu können, fordert Finanzminister Steinbrück denn auch „eine stärkere Vorstellung“ von Ökonomen, Vorschläge „wirklich in eine politische Umsetzung zu bringen“.

(...)

Traditionell haben Ökonomen und Politiker in Deutschland ein eher gestörtes Verhältnis. Wissenschaftler werfen Politikern vor, ihre Ratschläge zu ignorieren. Und die wollen sich keine abstrakten Ideen aus dem Elfenbeinturm auftischen lassen.

(...)

Auch Börsch-Supan ist überzeugt, dass sich die Ökonomen bewegen müssen: „Wir sind in der Pflicht, aktiv an diesem Verhältnis etwas zu ändern“, sagt er. Eine Voraussetzung dafür ist da: Die Zeiten, in denen es unter akademischen Volkswirten verpönt war, sich mit konkreten wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen und sich in die aktuelle Debatte einzuschalten, sind vorbei. So untersucht Ökonomin Riphahn, die neuerdings im Beirat des Wirtschaftsministeriums sitzt, zum Beispiel, ob Politik in den vergangenen Dekaden das Verhältnis der Eltern und der Bildung ihrer Kinder verändert hat – und mischt sich damit in ein politisch hoch brisantes Thema ein.

Genau das ist mittlerweile sogar erwünscht. Spätestens, seitdem selbst der altherwürdige Verein für Socialpolitik, die größte deutschsprachige Vereinigung, einen Preis ausgelobt hat für Ökonomen, die „die öffentliche Diskussion über wirtschaftliche Zusammenhänge und Probleme beeinflusst und wichtige Beiträge zum Verständnis und zur Lösung ökonomischer Probleme geleistet haben“. Im Oktober wird diese Auszeichnung zum ersten Mal verliehen.

Vollständiger Artikel erschienen auf www.handelsblatt.com am 9. Juli 2007.